91/ME

BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE SICHERHEIT
GENERATIONEN UND KONSUMENTENSCHUTZ

Entwurf einer Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Sozialbetreuungsberufe; Begutachtungsverfahren.

GZ: 40.101/17-1/03 Wien, 25. Sept. 2003

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
1010 WIEN

Mit Beziehung auf das Rundschreiben des Bundeskanzleramtes vom 13. Mai 1976, GZ 600614/3-VI/2/76, werden anbei 25 Ausfertigungen des gleichzeitig den zur Begutachtung berufenen Stellen zugeleiteten Entwurfes einer Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Sozialbetreuungsberufe samt Erläuterungen und Anlagen übermittelt. Die befassten Stellen wurden ersucht, ihre Stellungnahme **bis spätestens 31. Oktober 2003 (einlangend)** bekannt zu geben.

Beilage

- 25 Ausfertigungen des Vereinbarungsentwurfes samt Erläuterungen und Anlagen

Der Bundesminister:
Mag. Herbert Haupt

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

ORGANISATIONSEINHEIT IV/1, Auskunft: Dr. Peter Luschin, DW 6312
A-1010 Wien, Stubenring 1, Tel: (01) 71100, Fax (01) 7158254, DVR:0017001

Stand September 2003

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Sozialbetreuungsberufe

Der Bund,

vertreten durch die Bundesregierung,

und die Länder

Burgenland,
Kärnten,
Niederösterreich,
Oberösterreich,
Salzburg,
Steiermark,
Tirol,
Vorarlberg und
Wien,

jeweils vertreten durch den Landeshauptmann,

- im Folgenden Vertragsparteien genannt –

sind übereingekommen, gemäß Art. 15a B-VG die nachstehende Vereinbarung zu schließen:

Artikel 1
Gegenstand der Vereinbarung

(1) Die Vertragsparteien kommen überein, im Rahmen ihrer Zuständigkeit das Berufsbild, die Tätigkeit und die Ausbildung der Angehörigen der Sozialbetreuungsberufe nach gleichen Zielsetzungen und Grundsätzen zu regeln.

(2) Als Angehörige der Sozialbetreuungsberufe gelten
Diplom-Sozialbetreuer/innen/Altenarbeit (Diplom-Sozialbetreuer/innen A),
Diplom-Sozialbetreuer/innen/Familienarbeit (Diplom-Sozialbetreuer/innen F),
Diplom-Sozialbetreuer/innen/Behindertenarbeit (Diplom-Sozialbetreuer/innen BA),
Diplom-Sozialbetreuer/innen/Behindertenbegleitung (Diplom-Sozialbetreuer/innen BB),
Fach-Sozialbetreuer/innen/Altenarbeit (Fach-Sozialbetreuer/innen A),
Fach-Sozialbetreuer/innen/Behindertenarbeit (Fach-Sozialbetreuer/innen BA),
Fach-Sozialbetreuer/innen/Behindertenbegleitung (Fach-Sozialbetreuer/innen BB) sowie
– soweit in den landesrechtlichen Vorschriften vorgesehen – Heimhelfer/innen.

Artikel 2
Berufsbild und Tätigkeit

Die Länder verpflichten sich, im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Berufsbilder und die Tätigkeiten der im Art. 1 Abs. 2 genannten Berufe in ihren Rechtsvorschriften nach den in der Anlage 1 festgelegten Grundsätzen zu regeln.

Artikel 3
Ausbildung

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Ausbildung der Angehörigen der Sozialbetreuungsberufe in ihren Rechtsvorschriften nach einem modularen und stufenweisen System zu regeln, welches den in der Anlage 1 festgelegten Grundsätzen entspricht.

(2) Die Ausbildung zum/zur Pflegehelfer/in nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz bildet einen integrierenden Bestandteil der Ausbildungen zum/zur Diplom- bzw. Fach-Sozialbetreuer/in mit Schwerpunkt Alten-, Familien- oder Behindertenarbeit.

(3) Der Bund verpflichtet sich, in seinen Rechtsvorschriften eine gesonderte Ausbildung gemäß Anlage 2 (Ausbildungsmodul „Unterstützung bei der Basisversorgung") vorzusehen, welche im Rahmen der Ausbildung zum/zur Diplom- bzw. Fach-Sozialbetreuer/in mit Schwerpunkt Behindertenbegleitung und im Rahmen der Ausbildung zum Heimhelfer bzw. zur Heimhelferin absolviert wird.

(4) Die Länder verpflichten sich, Ausbildungen und Teile von Ausbildungen, die nach dem Recht einer anderen Vertragspartei erfolgreich abgeschlossen wurden, als gleichwertig anzuerkennen, wenn sie den Grundsätzen der Anlage 1 entsprechen.

(5) Der Bund verpflichtet sich, in seinen Rechtsvorschriften die Ausbildung zum/zur Diplom-Sozialbetreuer/in als Ersatz für die Fachbereichsprüfung im Sinne des Gesetzes über die Berufsreifeprüfung anzuerkennen.

(6) Ausbildungen, deren Bildungsziel nur in der Vorbereitung einer Ausbildung gemäß Abs. 1 liegt, werden durch diese Vereinbarung nicht berührt.

Artikel 4
Berufsausübung

(1) Die Länder verpflichten sich, in ihren Rechtsvorschriften Bestimmungen vorzusehen, wonach Personen, welche eine den Grundsätzen der Anlage 1 entsprechende Ausbildung absolviert haben, zur Ausübung der im Art. 1 Abs. 2 genannten Berufe berechtigt sind.

(2) Die Länder verpflichten sich, in den Rechtsvorschriften nach Abs. 1 die Ausübung der im Art. 1 Abs. 2 genannten Berufe auch Personen zu gestatten, die eine gleichwertige Qualifikation nachweisen können. In diesen Bestimmungen ist auch vorzusehen, dass allfällige Qualifikationsunterschiede durch eine entsprechende Ergänzung der Ausbildung ausgeglichen werden können.

(3) Sind zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Vereinbarung nach landesrechtlichen Vorschriften Personen zur Führung einer in der Anlage 1 genannten Berufsbezeichnung berechtigt, die über keine Qualifikation im Sinne des Abs. 1 oder 2 verfügen, hat die betreffende Vertragspartei in ihren Rechtsvorschriften sicherzustellen, dass spätestens nach Ablauf von vier Jahren nach Inkrafttreten der Vereinbarung die Ausübung dieser Berufe nur zulässig ist, wenn durch eine entsprechende Ergänzung der Ausbildung die Qualifikationsunterschiede ausgeglichen worden sind.

(4) Die Vereinbarung hindert die Länder nicht daran, Regelungen zu treffen, wonach die Ausübung der in der Anlage 1 umschriebenen Tätigkeiten jenen Personen vorbehalten ist, die über eine entsprechende Qualifikation im Sinne des Art. 4 Abs. 1 oder 2 verfügen.

(5) Die Länder verpflichten sich, zur Ausübung der im Art. 1 Abs. 2 genannten Berufe nur Personen zuzulassen, welche die für die Erfüllung der Berufspflichten erforderliche gesundheitliche Eignung und Vertrauenswürdigkeit besitzen, und bei Verlust einer dieser Voraussetzungen die Berufsausübung zu untersagen.

(6) Die Länder sind berechtigt, in ihren Rechtsvorschriften zu bestimmen, dass für die Ausübung der im Art. 1 Abs. 2 genannten Berufe – allenfalls eingeschränkt auf die freiberufliche Ausübung – die Erteilung einer behördlichen Bewilligung erforderlich ist.

(7) Die Länder verpflichten sich, für Personen, die einen im Art. 1 Abs. 2 genannten Beruf ausüben, einen Mindeststandard zur Weiterbildung im Ausmaß der Anlage 1 festzulegen.

Artikel 5
Berufsbezeichnung

Die Länder verpflichten sich, Personen, welche eine den Grundsätzen der Anlage 1 entsprechende Ausbildung absolviert haben oder eine gleichwertige Qualifikation im Sinne des Art. 4 Abs. 2 nachweisen können, zur Führung der in Art. 1 Abs. 2 genannten Berufsbezeichnungen zu ermächtigen.

Artikel 6
Verzicht auf Eignungsprüfung und Bewilligungsverfahren

(1) Die Länder werden von einer Prüfung gemäß Art. 4 Abs. 2 absehen, wenn bereits in einem Land das Vorliegen dieser Voraussetzungen festgestellt wurde.

(2) Die Länder werden ein Bewilligungsverfahren gemäß Art. 4 Abs. 5 nicht durchführen, wenn bereits in einem Land aufgrund eines derartigen Verfahrens eine Berechtigung erlangt worden ist.

Artikel 7
Unterstützung bei der Basisversorgung und bei der Verabreichung von Arzneimitteln

Der Bund verpflichtet sich zur Erlassung der erforderlichen Regelungen, welche die Diplom- bzw. Fach-Sozialbetreuer/innen mit Schwerpunkt Behindertenbegleitung sowie Heimhelfer/innen nach Absolvierung des Ausbildungsmoduls gemäß der Anlage 2 berechtigen, bestimmte unterstützende Tätigkeiten bei der Basisversorgung und bei der Verabreichung von Arzneimitteln durchzuführen.

Artikel 8
Inkrafttreten

(1) Diese Vereinbarung tritt zwei Monate nach Ablauf des Tages in Kraft, an dem

1. die nach den Landesverfassungen erforderlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind und beim Bundeskanzleramt die Mitteilungen der Länder darüber vorliegen sowie
2. die nach der Bundesverfassung erforderlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Das Bundeskanzleramt hat den Ländern die Erfüllung der Voraussetzungen nach Abs. 1 sowie den Tag des Inkrafttretens der Vereinbarung mitzuteilen.

Artikel 9
Durchführung

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die in ihre Kompetenzbereiche fallenden gesetzlichen Regelungen, die zur Durchführung dieser Vereinbarung erforderlich sind, bis spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung in Kraft zu setzen.

(2) Jede Vertragspartei wird vor der Erlassung oder Änderung von Rechtsvorschriften nach Abs. 1 den anderen Vertragsparteien Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

Artikel 10
Änderung

Die Vertragsparteien werden auf begründetes Ersuchen einer Vertragspartei Gespräche über eine Änderung dieser Vereinbarung führen.

Artikel 11
Geltungsdauer, Kündigung

(1) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Sie kann von jeder Vertragspartei durch schriftliche Mitteilung gekündigt werden. Diese wird ein Jahr nach Ablauf des Tages, an dem sie beim Bundeskanzleramt einlangt, wirksam. Für die übrigen Vertragsparteien bleibt die Vereinbarung jedoch weiterhin in Kraft.

Artikel 12
Hinterlegung

Diese Vereinbarung wird in einer Urschrift ausgefertigt. Die Urschrift wird beim Bundeskanzleramt hinterlegt. Dieses hat den Ländern als gegenbeteiligten Vertragspartnern beglaubigte Abschriften der Vereinbarung zu übermitteln.

Geschehen in ... am ...

Stand September 2003

Erläuterungen

I. Allgemeines

In der staatsrechtlichen Vereinbarung über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen aus dem Jahr 1993 sind die Vertragsparteien übereingekommen, dass insbesondere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Betreuungs-, Pflege- und Therapiepersonal sowie für das Personal zur Weiterführung des Haushaltes gefördert und sichergestellt werden sollen. Die Ausbildungsmöglichkeiten sollen so gestaltet werden, dass die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Helfergruppen gewährleistet ist.

In der Praxis wurden neue Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen, neue Sozialbetreuungsberufe sind entstanden. Einige Bundesländer haben im Rahmen ihrer Kompetenzen gesetzliche Regelungen in der Alten- und /oder Familienbetreuung bzw. in der Heimhilfe erlassen. Die Berufsbilder und Ausbildungsanforderungen sind aber uneinheitlich und überschneidend geregelt. Diese Situation hemmt die Mobilität am Arbeitsmarkt und den Zugang zur Beschäftigung. Eine bundesweite Harmonisierung und Anerkennung ist daher dringend erforderlich.

Durch diese Vereinbarung sollen die Berufsbilder und -bezeichnungen harmonisiert, einheitliche Qualitäts- und Ausbildungsstandards festgelegt sowie Doppelgleisigkeiten beseitigt werden. Entsprechend den jeweiligen Arbeitsschwerpunkten sind unterschiedliche Ausbildungsinhalte und -niveaus vorgesehen. Die unterschiedlichen Niveaus sollen keiner Hierarchiebildung Vorschub leisten oder Tätigkeitsvorbehalte begründen. Durch das höhere Niveau wird lediglich signalisiert, dass die betreffenden Personen im Hinblick auf die Ausübung gewisser Verrichtungen über vertiefte Kenntnisse verfügen. Die Sozialbetreuer/innen auf Fach- und Diplomniveau mit Schwerpunkt Alten-, Familien- oder Behindertenarbeit erwerben im Rahmen ihrer Ausbildung jeweils auch die Qualifikation eines Pflegehelfers bzw. einer Pflegehelferin im Sinne des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes. In der Ausbildung zum/zur Diplom- bzw. Fach-Sozialbetreuer/in mit Schwerpunkt Behindertenbegleitung sowie in der Ausbildung zum Heimhelfer bzw. zur Heimhelferin ist demgegenüber nur eine Grundausbildung mit genau umschriebenen pflegerischen Inhalten vorgesehen, da der sozialbetreuerische Arbeitsschwerpunkt dieser Berufsangehörigen keine kranken-pflegerische Kompetenz erfordert.

Im Interesse der Durchlässigkeit ist das Ausbildungssystem modular aufgebaut, wodurch die Möglichkeiten des Berufszuganges verbessert werden. Bereits im Beruf tätige Sozialbetreuer/innen können die für den Erwerb eines höheren Ausbildungsniveaus erforderlichen Module auch erst zu einem späteren Zeitpunkt absolvieren.

Die Vereinbarung sieht weiters vor, dass eine rasche und formlose Anerkennung der Berufsausbildung wechselseitig verpflichtend ist. Weiters sollen das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz sowie das Ärztegesetz novelliert werden.

Die Vertragsparteien sollen durch die Vereinbarung nur insoweit gebunden werden, als dies im Hinblick auf deren Zielsetzungen erforderlich ist. Die Vereinbarung beschränkt sich daher im Wesentlichen auf die Festlegung von Grundsätzen, im Übrigen unterliegen

die Vertragsparteien keinerlei Beschränkungen (z.B. Genehmigung der Ausbildungsstätten, Zertifizierung von Personen udgl.).

Die Vertragsparteien beabsichtigen, in regelmäßigen Abständen nach einheitlichen Methoden zu evaluieren, ob die Inhalte der jeweiligen Berufsausbildungen den Anforderungen der Praxis entsprechen.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Art. 1 (Gegenstand der Vereinbarung):

Art. 1 umschreibt die Zielsetzung dieser Vereinbarung. Es sollen einheitliche Grundsätze festgelegt werden, die der Bund und die Länder bei der Regelung der Berufsbilder, der Tätigkeit sowie der Ausbildung der Angehörigen der Sozialbetreuungsberufe zu berücksichtigen haben. Durch diese Vereinbarung werden die Tätigkeiten, die im Ärztegesetz, Psychologengesetz, Psychotheraphiegesetz oder im Gesetz über Gesundheits- und Krankenpflegeberufe geregelt sind, nicht berührt. Auf die Ausführungen zu Art. 7 wird verwiesen. Die Länder werden verpflichtet, die im Abs. 2 genannten Sozialbetreuungsberufe in ihren Rechtsvorschriften gesetzlich zu verankern. Die Regelung des Berufes des Heimhelfers bzw. der Heimhelferin ist fakultativ.

Zu Art. 2 (Berufsbild und Tätigkeit):

Durch diese Bestimmung sollen die Berufsbilder und die Tätigkeiten der Angehörigen der Sozialbetreuungsberufe weitgehend harmonisiert werden.

Zu Art. 3 (Ausbildung):

Im Rahmen ihrer Zuständigkeit zur Regelung des Berufes der Sozialbetreuer/innen sind die Länder berechtigt, die Ausbildung festzulegen, die für die Ausübung dieser Berufe erforderlich ist. Die Schaffung einheitlicher Ausbildungsniveaus ist die Grundlage für die gegenseitige Anerkennung der Berufsausbildungen und damit Voraussetzung für eine höhere Attraktivität der Sozialbetreuungsberufe. Die entsprechende fachliche Ausbildung wird nach der derzeitigen Praxis von Privatschulen angeboten. Durch diese Vereinbarung wird der Bund verpflichtet, jene Lehrpläne von Privatschulen zu genehmigen, die den in der Vereinbarung festgelegten Grundsätzen entsprechen.

Im Abs. 2 wird klargestellt, dass die Angehörigen der Sozialbetreuungsberufe – mit Ausnahme der Heimhelfer/innen sowie der Diplom- bzw. Fach-Sozialbetreuer/innen mit Schwerpunkt Behindertenbegleitung – eine kombinierte Ausbildung absolvieren und damit auch als Angehörige der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe (Pflegehelfer/in im Sinne des § 83 des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes) zu qualifizieren sind. Für die im Rahmen dieser Kombinationsausbildung abgehaltenen Pflegehilfelehrgänge ist daher eine Bewilligung des Landeshauptmannes gemäß § 96 des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes erforderlich.

Abs. 3 sieht vor, dass im Rahmen der Ausbildung zum/zur Diplom- bzw. Fach-Sozialbetreuer/in mit Schwerpunkt Behindertenbegleitung und im Zuge der Ausbildung zum/zur Heimhelfer/in ein Modul „Unterstützung bei der Basisversorgung“ (siehe Anlage

2) absolviert wird, dessen Regelung insofern den Kompetenzbereich des Bundes (Gesundheitswesen gemäß Art. 10 Abs. 1 Z. 12 B-VG) betrifft, als den Absolventen dieser Ausbildung Befugnisse eingeräumt werden, die nach der derzeitigen Rechtslage den Angehörigen der Gesundheitsberufe vorbehalten sind (vgl. die Erläuterungen zu Art. 7). Der Bund wird verpflichtet, im Gesundheits- und Krankenpflegegesetz bzw. in den auf dessen Grundlage erlassenen Verordnungen dieses Ausbildungsmodul entsprechend zu regeln.

Durch die Bestimmung des Abs. 4 soll sichergestellt werden, dass Ausbildungen nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei von den übrigen Vertragsparteien anerkannt werden. Dies gilt insofern auch für Teile der Ausbildung, als beispielsweise nach Erreichen des Fach-Niveaus die weitere Ausbildung zum/zur Diplom-Sozialbetreuer/in in einem anderen Bundesland fortgesetzt werden kann.

Im Interesse der Durchlässigkeit des Bildungssystems verpflichtet Abs. 5 den Bund, die Verordnung über den Ersatz von Prüfungsgebieten der Berufsreifeprüfung dahingehend zu ergänzen, dass für ausgebildete Diplom-Sozialbetreuer/innen die Prüfung gemäß § 3 Abs. 1 Z. 4 des Bundesgesetzes über die Berufsreifeprüfung (Fachbereichsprüfung) entfällt.

Abs. 6 dient der Klarstellung, dass Vorbereitungslehrgänge und -ausbildungen, wie beispielsweise jene der sozialberuflichen Fachschulen, die nach Abschluss der 8. Schulstufe besucht werden können, durch diese Vereinbarung nicht berührt werden.

Zu Art. 4 (Berufsausübung):

Abs. 1 verpflichtet die Länder, Personen, die eine Ausbildung im Sinne dieser Vereinbarung abgeschlossen haben, zur Ausübung des betreffenden Sozialbetreuungsberufes zu berechtigen. Dies soll gemäß Abs. 2 in gleicher Weise für Personen gelten, die eine gleichwertige Ausbildung absolviert haben. Gerade im Bereich der Behindertenarbeit sind derzeit vielfach Personen beschäftigt, die über andere qualifizierte Ausbildungen verfügen, wie beispielsweise Pädagogen oder Psychologen. Nach einer allenfalls erforderlichen Ergänzung ihrer Ausbildung (Absolvierung des bzw. der fehlenden Module) soll auch diesen Personen die Ausübung des Berufes des Sozialbetreuers bzw. der Sozialbetreuerin möglich sein. Weiters ist auch zu beachten, dass aufgrund der EU-Diplomanerkennungsrichtlinien die Verpflichtung besteht, Qualifikationen, die in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union erworben wurden, anzuerkennen bzw. die Möglichkeit eingeräumt werden muss, wesentliche Ausbildungsunterschiede durch eine Eignungsprüfung bzw. einen Anpassungslehrgang auszugleichen.

Die in der Vereinbarung vorgesehenen Berufsbezeichnungen Diplom-Sozialbetreuer/in sowie Fach-Sozialbetreuer/in sind neu, weshalb es im Hinblick auf bereits bestehende Berufe und Ausbildungen in diesem Bereich zu keinerlei Schwierigkeiten kommen wird. In manchen landesrechtlichen Vorschriften finden sich jedoch schon derzeit Regelungen über den Beruf der Heimhelfer/innen, deren Ausbildung aber nicht dem in der Vereinbarung vorgesehenen Qualifikationsniveau entspricht. Insbesondere im Hinblick auf die den Heimhelfern bzw. Heimhelferinnen im Sinne dieser Vereinbarung zukommenden Befugnisse nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (vgl. Anlage

2) sieht Abs. 3 vor, dass in den entsprechenden landesrechtlichen Vorschriften diese Personen zu einer Nachschulung verpflichtet werden. Bis zu deren Absolvierung dürfen diese Personen ihren Beruf nur im bisherigen Umfang ausüben. Im Interesse einer möglichst raschen Angleichung muss die ergänzende Ausbildung spätestens vier Jahre nach Inkrafttreten der Vereinbarung absolviert worden sein. Personen, die dieser Verpflichtung nicht nachkommen, sollen nach diesem Zeitpunkt den Beruf des Heimhelfers bzw. der Heimhelferin nicht mehr ausüben dürfen.

Abs. 4 bestimmt, dass ein Land in seinen Rechtsvorschriften festlegen kann, dass die in der Anlage 1 umschriebenen Tätigkeiten ausschließlich durch entsprechend ausgebildete Sozialbetreuer/innen ausgeübt werden dürfen. Andererseits sollen die Länder auch die Möglichkeit haben, die Entscheidung über die jeweilige Qualifikation des erforderlichen Personals den Rechtsträgern betroffener Institutionen zu überlassen. In diesem Fall können – allenfalls neben Sozialbetreuern bzw. Sozialbetreuerinnen, die über eine der Vereinbarung entsprechende Qualifikation verfügen – auch andere Personen eingestellt werden. Selbstverständlich dürfen diese Beschäftigten nur für Tätigkeiten herangezogen werden, zu deren Ausübung sie fachlich auch entsprechend geeignet sind.

Analog zum Gesundheits- und Krankenpflegegesetz soll gemäß Abs. 5 der Berufszugang nur Personen gestattet sein, die neben der entsprechenden fachlichen Befähigung auch die für die Ausübung des Berufes erforderliche gesundheitliche Eignung und Vertrauenswürdigkeit aufweisen. Hinsichtlich des Vorliegens dieser persönlichen Voraussetzungen ist auf die konkreten Anforderungen des jeweiligen Berufes abzustellen. Keinesfalls sollen damit Personen, die in irgend einer Weise körperlich beeinträchtigt sind, generell von den Sozialbetreuungsberufen ausgeschlossen werden. Ein behördliches Bewilligungsverfahren ist für den Berufszugang grundsätzlich nicht erforderlich, kann aber vorgesehen werden (Abs. 6).

Zu Art. 5 (Berufsbezeichnung):

Es sind nur die in der Vereinbarung vorgesehenen Berufsbezeichnungen zulässig:

- Diplom-Sozialbetreuer/in/ Altenarbeit (Diplom-Sozialbetreuer/in/A),
- Diplom-Sozialbetreuer/in/ Familienarbeit (Diplom-Sozialbetreuer/in/F),
- Diplom-Sozialbetreuer/in/ Behindertenarbeit (Diplom-Sozialbetreuer/in/BA),
- Diplom-Sozialbetreuer in/ Behindertenbegleitung (Diplom-Sozialbetreuer/in/BB),
- Fach-Sozialbetreuer/in/ Altenarbeit (Fach-Sozialbetreuer/in/A),
- Fach-Sozialbetreuer /in/ Behindertenarbeit (Fach-Sozialbetreuer/in/BA),
- Fach-Sozialbetreuer /in/ Behindertenbegleitung (Fach-Sozialbetreuer/in/BB),
- Heimhelfer/in.

Personen, deren Ausbildung auch die Ausbildung zum/zur Pflegehelfer/in umfasst, sind darüber hinaus auch gemäß § 83 des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes berechtigt, die Berufsbezeichnung „Pflegehelfer" bzw. „Pflegehelferin" zu führen.

Zu Art. 6 (Verzicht auf Eignungsprüfung und Bewilligung):

Um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden, soll eine neuerliche Überprüfung des Vorliegens der für die Ausübung eines Sozialbetreuungsberufes erforderlichen persönlichen

Voraussetzungen entfallen, wenn eine entsprechende Prüfung nach Art. 4 Abs. 2 bereits in einem anderen Bundesland vorgenommen wurde. Dies gilt in gleicher Weise, wenn bereits in einem Bundesland eine Berechtigung erworben wurde und die betreffende Person in einem anderen Land den Beruf eines Sozialbetreuers bzw. einer Sozialbetreuerin ausüben möchte.

Zu Art. 7 (Befugnisse in der Gesundheits- und Krankenpflege):

Personen, die eine Ausbildung zum/zur Diplom- bzw. Fach-Sozialbetreuer/in mit Schwerpunkt Alten-, Familien- oder Behindertenarbeit entsprechend den Grundsätzen dieser Vereinbarung absolviert haben, erwerben im Rahmen dieser Ausbildung die Qualifikation eines Pflegehelfers bzw. einer Pflegehelferin im Sinne des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes und sind damit auch zur Durchführung von pflegerischen Maßnahmen und zur Mitarbeit bei therapeutischen und diagnostischen Verrichtungen gemäß § 84 Gesundheits- und Krankenpflegegesetz befugt.

Diplom- bzw. Fach-Sozialbetreuer/innen mit Schwerpunkt Behindertenbegleitung sowie Heimhelfer/innen erwerben im Rahmen ihre Ausbildung nicht die Qualifikation eines Pflegehelfers bzw. einer Pflegehelferin im Sinne des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes. Durch das in diesen Ausbildungsrichtungen integrierte Modul „Unterstützung bei der Basisversorgung" (vgl. Ausführungen zu Art. 3 Abs. 1) verfügen Angehörige dieser Sozialbetreuungsberufe aber über das notwendige Wissen für die Unterstützung bei der Basisversorgung, welches die Einräumung einzelner Befugnisse rechtfertigt, die derzeit nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz den Angehörigen der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe vorbehalten sind. Diese Tätigkeiten sind in der Anlage 2 taxativ aufgezählt. Die aufgelisteten Befugnisse betreffen auch die Verabreichung von Medikamenten, die ein Arzt nach der derzeit geltenden Rechtslage nur an Angehörige der Gesundheitsberufe übertragen darf. Der Bund wird verpflichtet, das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz sowie das Ärztegesetz entsprechend zu novellieren. Die Länder dürfen im Geltungsbereich dieser Bestimmung keine landesgesetzlichen Regelungen erlassen.

Zu Art. 8 (Inkrafttreten):

Die Vereinbarung soll zwei Monate nach Ablauf des Tages in Kraft treten, an dem beim Bundeskanzleramt die Mitteilungen aller Vertragsparteien eingelangt sind, dass ihre jeweiligen verfassungsgesetzlichen Anforderungen erfüllt sind.

Zu Art. 9 (Durchführung):

Abs. 1 verpflichtet die Vertragsparteien, die zur Durchführung der Vereinbarung erforderlichen bundes- bzw. landesrechtlichen Regelungen spätestens zwei Jahre nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung in Kraft zu setzen.

Mit der Bestimmung des Abs. 2 soll die Erlassung von Rechtsvorschriften, die nicht mit der Vereinbarung in Einklang stehen, bereits im Vorfeld verhindert werden. Es wird damit die Möglichkeit eingeräumt, eine Vertragspartei auf einen (von ihr möglicherweise

übersehenen) Widerspruch der geplanten Regelung mit der gegenständlichen Vereinbarung frühzeitig hinzuweisen.

Zu Art. 10 (Änderung):

Es ist denkbar, dass die Praxis neue Bedürfnisse aufzeigt, die im Rahmen der gegenständlichen Vereinbarung nicht einer gesetzlichen Regelung zugeführt werden können (z.B. Schaffung eines Sozialbetreuungsberufes einer anderen Fachrichtung). Der Art. 11 soll die Vertragsparteien verpflichten, sich mit diesbezüglichen Änderungsanliegen eines Vertragspartners ernsthaft auseinander zu setzen.

Stand September 2003

ANLAGE 1

Ausbildungen und Tätigkeiten der Sozialbetreuungsberufe

1. Grundsätzliches – Allgemeine Bestimmungen:

Sozialbetreuungs-Berufe sind gegliedert in 3 Qualifikationsniveaus:

1. Helfer/innen-Niveau:	Heimhelfer/innen	mit 200 UE Theorie + 200 h Praxis
2. Fachniveau:	Fach-Sozialbetreuer/innen	mit 1.200 UE Theorie + 1.200 h Praxis
3. Diplomniveau:	Diplom-Sozialbetreuer/innen	mit 1.800 UE Theorie + 1.800 h Praxis

Auf Fach- und Diplomniveau gibt es im Hinblick auf unterschiedliche Zielgruppen und Arbeitsschwerpunkte folgende Spezialisierungen:

1. Altenarbeit („A")
2. Familienarbeit (nur auf Diplomniveau) („F")
3. Behindertenarbeit („BA")
4. Behindertenbegleitung („BB")

Sozialbetreuer/innen mit den Ausbildungsschwerpunkten A, BA und F verfügen neben Kompetenzen der Sozialbetreuung auch über die Qualifikation als Pflegehelfer/in gemäß GuKG, jene mit Ausbildungsschwerpunkt BB sowie Heimhelfer/innen über die Berechtigung zur Ausübung von "Unterstützung bei der Basisversorgung" und zur "Unterstützung bei der Verabreichung von Arzneimitteln".

2. Heimhelfer/in

Der/die Heimhelfer/in unterstützt betreuungsbedürftige Menschen, das sind Personen aller Altersstufen, die durch Alter, gesundheitliche Beeinträchtigung oder schwierige soziale Umstände nicht in der Lage sind, sich selbst zu versorgen, aber dennoch in ihrer Wohnung bleiben möchten, bei der Haushaltsführung und den Aktivitäten des täglichen Lebens im Sinne der Unterstützung von Eigenaktivitäten und der Hilfe zur Selbsthilfe. Als wichtiges Bindeglied zwischen dem Klienten/der Klientin, dessen/deren sozialem Umfeld und allen anderen Bezugspersonen arbeitet der Heimhelfer/die Heimhelferin im Team mit der Hauskrankenpflege und den Angehörigen der Mobilen Betreuungsdienste.

Im Rahmen der Betreuungsplanung führt der/die Heimhelfer/in Aufgaben im hauswirtschaftlichen Bereich eigenverantwortlich auf Anordnung von Klienten/innen und Angehörigen der Sozialberufe, die Tätigkeiten der Basisversorgung ausschließlich unter Anleitung und Aufsicht von Angehörigen der Gesundheitsberufe durch.

Der Beruf der Heimhelfer/innen darf ausschließlich im Rahmen einer Einrichtung ausgeübt werden, deren Rechtsträger der Verantwortung des Berufes entsprechende Qualitätssicherungsmaßnahmen vorzunehmen hat. Eine freiberufliche Ausübung der Heimhilfe ist nicht vorgesehen.

Mindestalter für die Tätigkeit als Heimhelfer/in: 18 Jahre

2.1. Aufgaben:

- Hauswirtschaftliche Tätigkeiten (insbesondere für Sauberkeit und Ordnung in der unmittelbaren Umgebung des Klienten/der Klientin sorgen)
- Beheizen der Wohnung, Beschaffen des Brennmaterials
- Unterstützung bei Besorgungen außerhalb des Wohnbereiches (Einkauf, Post, Behörden, Apotheke, u.a.)
- Unterstützung bei der Zubereitung und Einnahme von Mahlzeiten
- Einfache Aktivierung
- Förderung von Kontakten im sozialen Umfeld
- Hygienische Maßnahmen (z.B. Wäschegebarung)
- Beobachtung des Allgemeinzustandes und rechtzeitiges Herbeiholen von Unterstützung durch andere Berufsgruppen
- Unterstützung von Pflegepersonen
- Dokumentation
- Unterstützung bei der Verabreichung von Arzneimitteln (Anlage 2)
- Unterstützung bei der Basisversorgung (Anlage 2)

2.2. Ausbildung:

Die Ausbildung zur/zum Heimhelfer/in erfolgt in Kursen und umfasst 200 UE Unterricht und 200 h Praktika.

Inhalte der Ausbildung:

Dokumentation	4 UE
Ethik und Berufskunde	8 UE
Erste Hilfe	20 UE
Grundzüge der angewandten Hygiene	6 UE
Grundpflege und Beobachtung	60 UE
Grundzüge der Pharmakologie	20 UE
Grundzüge der angewandten Ernährungslehre und Diätkunde	8 UE
Grundzüge der Ergonomie und Mobilisation	20 UE
Haushaltsführung	12 UE
Grundzüge der Geriatrie	10 UE
Grundzüge der Kommunikation und Konfliktbewältigung	26 UE
Grundzüge der Sozialen Sicherheit	6 UE

Die praktische Ausbildung hat 200 Stunden zu umfassen und beinhaltet die Praktikumsvorbereitung und Praktikumsreflexion. Davon sind 120 Stunden im ambulanten Bereich und 80 Stunden im (teil-) stationären Bereich zu absolvieren. In diesen Inhalten der Ausbildung ist das Ausbildungsmodul „Unterstützung bei der Basisversorgung" inkludiert.

2.3. Fort- und Weiterbildung:

Heimhelfer/Heimhelferinnen sind verpflichtet,
im Zeitraum von 2 Jahren mindestens 16 Stunden an Fortbildung zu absolvieren.

3. Fach-Sozialbetreuer/in

Fach-Sozialbetreuer/innen verfügen neben einer breiten spartenübergreifenden Grundausbildung über zumindest einen der folgenden Schwerpunkte:

Altenarbeit („A")
Behindertenarbeit („BA")
Behindertenbegleitung („BB")

Fach-Sozialbetreuer/innen mit den Spezialisierungen A und BA verfügen auch über eine Qualifikation als Pflegehelfer/in gemäß GuKG.

Mindestalter für die Tätigkeit als Sozialbetreuer/in: 19 Jahre

3.1. Aufgaben von Fach-Sozialbetreuer/innen

Fach-Sozialbetreuer/innen sind ausgebildete Fachkräfte für die Mitgestaltung der Lebenswelt von Menschen, die aufgrund von Alter, Behinderung oder einer anderen schwierigen Lebenslage in ihrer Lebensgestaltung benachteiligt sind. Sie verfügen über umfängliches Wissen um die vielfältigen Aspekte eines Lebens mit Benachteiligung und können eine breite Palette an Möglichkeiten der Begleitung, Unterstützung und Hilfe realisieren, und zwar in allen Fragen der Daseinsgestaltung, von Alltagsbewältigung bis hin zu Sinnfindung.

Das Besondere dieses Berufes besteht nicht in hoher Spezialisierung auf eng umrissene Felder oder in Konzentration auf Pflege, sondern in der Bündelung all jener Kompetenzen, die für eine umfassende, lebensweltorientierte Begleitung in den unmittelbaren Lebensbereichen der betreffenden Menschen erforderlich sind.

Fach-Sozialbetreuer/innen erfassen die spezifische Lebenssituation älterer oder behinderter bzw. benachteiligter Menschen ganzheitlich und entsprechen den individuellen Bedürfnissen durch gezielte Maßnahmen. Sie leisten dadurch einen Beitrag zur Erhöhung und/oder Erhaltung ihrer Lebensqualität, unterstützen die Gestaltung eines für sie lebenswerten sozialen Umfeldes und leisten damit einen Beitrag zu einem Leben in Würde.

Fach-Sozialbetreuer/innen arbeiten mit allen Bezugspersonen der unterstützungsbedürftigen Menschen und mit allen betreuenden Stellen zusammen, besonders aber – je nach Bedarf – mit Expert/inn/en aus den Bereichen Therapie, Medizin, Recht, usw.

In ihrem beruflichen Selbstverständnis sind Fach-Sozialbetreuer/innen den heute allgemein anerkannten und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhenden Grundsätzen der sozialen Betreuung verpflichtet: Normalisierung der Lebensbedingungen, Integration und Selbstbestimmung.

3.1.1. Fach-Sozialbetreuer/innen mit Schwerpunkt Altenarbeit (A)

Der Aufgaben- und Tätigkeitsbereich gliedert sich in einen eigenverantwortlichen und einen mitverantwortlichen Bereich. Der mitverantwortliche Bereich betrifft die pflegerischen Befugnisse nach GuKG, die die Fach-Sozialbetreuer/innen – Altenarbeit aufgrund ihrer Pflegehilfe-Ausbildung haben.

Der eigenverantwortliche Bereich besteht in der möglichst umfassenden Begleitung, Unterstützung und Betreuung älterer Menschen, einzeln oder in Gruppen, abgestimmt auf ihren Bedarf, gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse.

- Präventive, unterstützende, aktivierende, reaktivierende, beratende, organisatorische und administrative Maßnahmen zur täglichen Lebensbewältigung
- Eingehen auf körperliche, seelische, soziale und geistige Bedürfnisse und Ressourcen
- Hilfen zur Wiederherstellung, Erhaltung und Förderung von Fähigkeiten und Fertigkeiten für ein möglichst selbstständiges und eigenverantwortliches Leben im Alter

- Individuelle Begleitung bei der Sinnfindung und Neuorientierung in der Lebensphase Alter
- Unterstützung bei der psychosozialen Bewältigung von Krisensituationen
- Entlastung, Begleitung und Anleitung von Angehörigen und Laienhelfer/innen
- Begleitung von Sterbenden und deren Angehörigen

3.1.2. Fach-Sozialbetreuer/innen mit den Schwerpunkten Behindertenarbeit (BA) und Behindertenbegleitung (BB)

Fach-Sozialbetreuer/innen mit den Schwerpunkten BA und BB üben ihre Tätigkeit in den zentralen Lebensfeldern von behinderten Menschen, wie Wohnen, Arbeit/Beschäftigung, Freizeit und Bildung, aus.

Die konkreten Tätigkeiten bestehen in Maßnahmen der Anleitung, Anregung, Beratung, Assistenz, Förderung und erforderlichenfalls der Intervention. Bei Bedarf übernehmen Fach-Sozialbetreuer/innen eine weitergehende oder gänzliche stellvertretende Durchführung von Verrichtungen.

Sie verfügen in folgenden Bereichen über spezifische Kompetenzen:

Soziale Bedürfnisse: Unterstützung bei Kontakten zu anderen Menschen, Förderung der Teilnahme am sozialen Leben sowie Begleitung in Fragen der Partnerschaft und Sexualität

Beschäftigung/Arbeit: Interessensabklärung, Förderung und Training

Freizeit: Freizeitgestaltung, Entspannung und Erholung, Hobbys, Feste und Feiern

Bildung – Persönlichkeitsentfaltung: Einsatz musisch-kreativer Mittel und Bewegung. Förderung von Wahrnehmung, Kreativität, Sinnesschulung und ästhetische Bildung.

Kritische Lebensereignisse: Begleitung bei Krankheit, Trauer, Tod, Sterben, mit dem Ziel der Sinnstiftung

Pflegerische Aufgaben nehmen Fach-Sozialbetreuer/innen mit Schwerpunkt Behindertenarbeit (BA) entsprechend ihrer Qualifikation als Pflegehelfer/innen gem. GuKG wahr. Fach-Sozialbetreuer/innen mit Schwerpunkt Behindertenbegleitung (BB) leisten Unterstützung bei der Basisversorgung und bei der Verabreichung von Arzneimitteln.

Anstelle des pflegerischen Anteils im Qualifikationsprofil stehen bei Fach-Sozialbetreuer/innen mit Schwerpunkt Behindertenbegleitung verstärkt und vertieft Kompetenzen der Beratung, Begleitung und Assistenz.

3.2. Ausbildung von Fach-Sozialbetreuer/inne/n

Um als „Fach-Sozialbetreuer/in" beruflich tätig sein zu können, muss eine den unten stehenden Kriterien entsprechende Ausbildung absolviert werden, entweder durch Absolvierung eines entsprechenden Ausbildungsganges an einer dazu ermächtigten Bildungseinrichtung oder durch die Absolvierung der einzelnen Module in verschiedenen Ausbildungsangeboten.

Die Pflegehilfe-Ausbildung bildet einen integralen Bestandteil. Davon ausgenommen ist der Ausbildungsschwerpunkt „Behindertenbegleitung", bei welchem nur die Inhalte des Moduls „Unterstützung bei der Basisversorgung" gemäß GuKG (Anlage 2) abgedeckt werden.

Die Ausbildung umfasst in Summe 1.200 h Theorie (Heimhilfe-Ausbildung miteingerechnet).

<u>Module für alle Ausbildungsschwerpunkte:</u>

1. Persönlichkeitsbildung ..... 220 UE (Schwerpunkt BB: 340 UE)
   Das Modul beinhaltet u.a.: Supervision, musisch-kreative Bildung, Kommunikation / Konfliktbewältigung, Bewegung und Körpererfahrung; Die Inhalte müssen in einem einschlägigen Kontext zur Sozialbetreuung stehen.
   Das Modul deckt 100 h der Pflegehilfe-Ausbildung ab.
2. Sozialbetreuung / allgemein ..... 200 UE
   Das Modul umfasst: Berufskunde und Berufsethik, Methodik, Rehabilitation und Mobilisation, Gerontologie; es deckt 170 h der Pflegehilfe-Ausbildung ab.
3. Humanwissenschaftliche Grundbildung .. 80 UE
   Das Modul beinhaltet Einführung in Pädagogik, Psychologie und Soziologie.
   Es deckt 30 h der Pflegehilfe-Ausbildung ab.
4. Politische Bildung und Recht ..... 40 UE (Schwerpunkt BB: 80 UE)
   Das Modul deckt 30 h der Pflegehilfe-Ausbildung ab.
5. Medizin und Pflege ..... 480 UE (Schwerpunkt BB: 120 UE)
   Das Modul beinhaltet alle medizinisch-pflegerischen Gegenstände der Pflegehilfe-Ausbildung; in Ausbildungsschwerpunkt BB werden die Inhalte des Moduls „Unterstützung bei der Basisversorgung" abgedeckt.
6. Lebens-, Sterbe- und Trauerbegleitung .. 20 UE
7. Haushalt, Ernährung, Diät ..... 80 UE
   Das Modul deckt 25 h der Pflegehilfe-Ausbildung ab.

<u>Ausbildungsschwerpunkt-spezifische Module:</u>

8. Sozialbetreuung / A / F / BA / ..... 80 UE (Schwerpunkt BB: 280 UE)

Praktikum: muss im Ausmaß von 1.200 h geleistet werden.

3.3. Fort- und Weiterbildung von Fach-Sozialbetreuer/inne/n

Fach-Sozialbetreuer/innen sind verpflichtet, im Zeitraum von 2 Jahren mindestens 32 Stunden an Fortbildung zu absolvieren.

4. Diplom-Sozialbetreuer/in

Diplom-Sozialbetreuer/innen verfügen über zumindest eine der folgenden Spezialisierungen:

Altenarbeit („A")
Familienarbeit („F")
Behindertenarbeit („BA")
Behindertenbegleitung („BB")

Mindestalter für die Tätigkeit als Diplom-Sozialbetreuer/in: 20 Jahre

4.1. Aufgaben von Diplom-Sozialbetreuer/inne/n:

Diplom-Sozialbetreuer/innen üben sämtliche Tätigkeiten aus, die auch von Fach-Sozialbetreuer/innen ausgeführt werden, können dies aber auf Basis ihrer vertieften, wissenschaftlich fundierten Ausbildung und den bei der Verfassung einer Diplomarbeit erworbenen Kompetenzen mit höherer Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit.

Diplom-Sozialbetreuer/innen nehmen über die unmittelbaren Betreuungsaufgaben hinausgehend konzeptive und planerische Aufgaben betreffend die Gestaltung der Betreuungsarbeit wahr.

Diplom-Sozialbetreuer/innen verfügen über Kompetenzen der Koordination und der fachlichen Anleitung von Mitarbeiter/inne/n und Helfer/inne/n in Fragen der Sozialbetreuung.

Diplom-Sozialbetreuer/innen wirken mit an der fachlichen Weiterentwicklung des Dienstleistungsangebotes der eigenen Organisation oder Einrichtung und führen Maßnahmen und Prozesse der Qualitätsentwicklung durch, wie z.B. Reflexion und Evaluation mithilfe anerkannter Verfahren und Instrumente.

4.1.1. Diplom-Sozialbetreuer/innen mit Schwerpunkt Altenarbeit (A) :

Diplom-Sozialbetreuer/innen mit Schwerpunkt Altenarbeit entwickeln auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse Konzepte und Projekte, führen sie eigenverantwortlich durch und evaluieren sie.

Sie sind insbesondere für folgende Maßnahmen kompetent:

Altersgerechte Umgestaltung der Wohnumgebung inkl. Beratung über und Besorgung von entsprechenden Hilfsmitteln und Behelfen sowie Organisation der dafür nötigen Behörden- bzw. Versicherungswege.

Spezielle Animationsprogramme für Kleingruppen und Einzelpersonen zur Förderung motorischer Fähigkeiten durch Bewegungsübungen.

Spezielle Animationsprogramme zur Förderung der Hirnleistungsfähigkeit.

Anregung von Kommunikationsprozessen in Kleingruppen und für Einzelne zur Verbesserung des sozialen Klimas unter den Bewohnern und zu den Pflegepersonen.

Erarbeitung von Strategien im Fall akuter Krisensituationen, wie z.B. bei Tod von Angehörigen oder Mitbewohnern, Depression und Suizidgefährdung, Verwirrung und Desorientierung, Suchtproblematik.

Methodische Kompetenzen bestehen vor allem hinsichtlich Validation, Kinästhetik, Biografiearbeit.

4.1.2. Diplom-Sozialbetreuer/innen mit Schwerpunkt Familienarbeit (F) :

Diplom-Sozialbetreuer/innen – Familienarbeit arbeiten im Rahmen von mobilen Diensten und üben ihre Tätigkeit im Privatbereich der Familie oder familienähnlicher Lebensformen aus. Die Betreuung erfolgt mit dem Ziel, den gewohnten Lebensrhythmus aufrecht zu erhalten und die Familie/familienähnliche Gemeinschaft dabei zu unterstützen, ihre schwierige Lebenssituation zu überwinden.

Schwierige Lebenssituationen sind insbesondere:

- Erkrankung eines Elternteils, eines Kindes oder eines anderen in der Familie bzw. im familienähnlichen Verband lebenden Angehörigen,
- Psychische Krisensituationen, wie Trennung, Scheidung, Tod. Überforderung, Überlastung oder Ausfall der Betreuungsperson.

Diplom-Sozialbetreuer/innen mit Schwerpunkt Familienarbeit verfügen über die Pflegehilfe-Qualifikation und üben die entsprechenden Tätigkeiten aus.

Die Aufgaben im Detail:

- Planung und Organisation des Alltags (Zeitplan, Haushaltskassa, Familienorganisation, gesunde Lebensführung)
- Haushaltsorganisation und -führung (z.B. Wohnungspflege, Wäschepflege, Zubereitung von Mahlzeiten bzw. Diätkost im Tagesablauf auch für Säuglinge, Kleinkinder)
- Altersspezifische Betreuung der Kinder und Jugendlichen, Spiel - Lernanimation sowie Hausaufgabenbegleitung
- Anleitung, Beratung und Unterstützung der Betreuungsperson(en) von Familienangehörigen
- Mitbetreuung von älteren, kranken oder behinderten Familienmitgliedern
- Begleitung und Unterstützung bei der Bewältigung von Krisensituationen
- Beratung, Begleitung und Unterstützung bei der Inanspruchnahme von Sozial- und Gesundheitseinrichtungen sowie öffentlichen Stellen, Ämtern und Behörden
- Zusammenarbeit mit dem Betreuungsteam und mit Einrichtungen der öffentlichen und freien Wohlfahrt im sozialen Umfeld (Teilnahme an Helferkonferenzen und Vernetzungsgesprächen)

4.1.3. Diplom-Sozialbetreuer/innen mit den Schwerpunkten Behindertenarbeit (BA) und Behindertenbegleitung (BB):

Sie sind insbesondere für folgende Maßnahmen kompetent:

Durchführung der „Personzentrierten Lebensplanung" mit den folgenden Elementen:

- Erhebung und Erfassung der Bedürfnisse, Wünsche und Notwendigkeiten der behinderten Person unter Einsatz aktueller Befragungs- und Beobachtungshilfen sowie Erhebungsbögen.
- Durchführung von Besprechungen mit der behinderten Person und deren Bezugspersonen, z.B. nach dem Modell der Unterstützerkonferenz, zwecks Erarbeitung von Zielen für die Zukunft sowie der dafür erforderlichen Maßnahmen.
- Evaluation der durchgeführten Maßnahmen als Basis für die Fortführung des Prozesses der Personzentrierten Lebensplanung

Spezifische Kompetenzen wie zum Beispiel :

Anwendung der aktuell anerkannten und wissenschaftlich fundierten Konzepte und Methoden der Basalen Pädagogik, wie z.B. Basale Stimulation, Basale Kommunikation, Basale Aktivierung.

Anwendung unterstützender, erweiternder und alternativer Kommunikationsmittel (z.B. Gebärden und Symbole) unter Einsatz elektronischer Hilfsmittel.

Begleitung und Förderung von Menschen mit Behinderung und Verhaltensauffälligkeiten auf Basis der aktuell anerkannten Konzepte und Methoden, wie z.B. der Krisenintervention.

Pflegerische Aufgaben nehmen Diplom-Sozialbetreuer/innen mit Schwerpunkt Behindertenarbeit entsprechend ihrer Qualifikation als Pflegehelfer/innen gem. GuKG wahr. Diplom-Sozialbetreuer/innen mit Schwerpunkt Behindertenbegleitung leisten Unterstützung bei der Basisversorgung und bei der Verabreichung von Arzneimitteln.

Anstelle des pflegerischen Anteils im Qualifikationsprofil stehen bei Diplom-Sozialbetreuer/innen mit Schwerpunkt Behindertenbegleitung verstärkt und vertieft Kompetenzen der Beratung, Begleitung und Assistenz. Sie realisieren bzw. koordinieren insbesondere auch Maßnahmen und Projekte der Integration in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Freizeit und Bildung.

4.2. Ausbildung von Diplom-Sozialbetreuer/inne/n:

Um als „Diplom-Sozialbetreuer/in" beruflich tätig sein zu können, muss eine den unten stehenden Kriterien entsprechende Ausbildung absolviert werden, entweder durch Absolvierung eines entsprechenden Ausbildungsganges an einer dazu ermächtigten Bildungseinrichtung oder durch die Absolvierung der einzelnen Module in verschiedenen Ausbildungsangeboten.

Betreffend die Pflegehilfe-Qualifikation bzw. das Modul „Unterstützung bei der Basisversorgung" gem. GuKG finden sämtliche Bestimmungen Anwendung, die bereits für Fach-Sozialbetreuer/innen gelten.

Die Ausbildung umfasst in Summe 1.800 UE Theorie (Heimhilfe-Ausbildung und Sozialbetreuer/innen-Ausbildung mit eingerechnet).

Module für alle Ausbildungsschwerpunkte:

1. Persönlichkeitsbildung ..... 340 UE (Schwerpunkt BB: 460 UE)
   Aufbauend auf den Inhalten der Fachausbildung, erfolgt in der Diplomausbildung eine Vertiefung und Erweiterung.
2. Sozialbetreuung / allgemein ..... 200 UE
   Dieses Modul wird bereits auf Fachniveau abgeschlossen.
3. Humanwissenschaftliche Grundbildung .. 200 UE
   Aufbauend auf den Inhalten der Fachausbildung, erfolgt in der Diplomausbildung eine Vertiefung und Erweiterung.
4. Politische Bildung und Recht ..... 80 UE (Schwerpunkt BB: 120 UE)
   Aufbauend auf den Inhalten der Fachausbildung, erfolgt in der Diplomausbildung eine Vertiefung und Erweiterung.
5. Medizin und Pflege ..... 480 UE (Schwerpunkt BB: 120 UE)
   Dieses Modul wird bereits auf Fachniveau abgeschlossen.
6. Lebens-, Sterbe- und Trauerbegleitung .. 20 UE
   Dieses Modul wird bereits auf Fachniveau abgeschlossen.
7. Haushalt, Ernährung, Diät ..... 80 UE
   Dieses Modul wird bereits auf Fachniveau abgeschlossen.
8. Management und Organisation..... 80 UE

Ausbildungsschwerpunkt-spezifische Module:

9. Sozialbetreuung / A / F / BA / ..... 320 UE (Schwerpunkt BB: 520 UE)

Praktikum: muss im Ausmaß von 1.800 Stunden geleistet werden.

4.3. Fort- und Weiterbildung von Diplom-Sozialbetreuer/inne/n:

Diplom-Sozialbetreuer/innen sind verpflichtet, im Zeitraum von 2 Jahren mindestens 32 Stunden an Fortbildung zu absolvieren.

Stand September 2003

ANLAGE 2

Ausbildungsmodul „Unterstützung bei der Basisversorgung"

1. Allgemeines

Der Entwurf der **Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Sozialbetreuungsberufe** enthält in Art. 3 Abs. 3 und Art. 7 eine Verpflichtung des Bundes zur Schaffung von Regelungen eines Ausbildungsmoduls "Unterstützung bei der Basisversorgung". Dieses Ausbildungsmodul soll im Rahmen der Ausbildung von **Fach-Sozialbetreuer/innen und Diplom-Sozialbetreuer/innen der Ausbildungsrichtung Behindertenbegleitung sowie von Heimhelfer/innen** absolviert werden. Die Regelungen fallen in den Kompetenzbereich des Bundes (Art. 10 Abs. 1 Z 12 B-VG – Gesundheitswesen).

Durch das Ausbildungsmodul „Unterstützung in der Basisversorgung" soll Angehörigen dieser Sozialbetreuungsberufe ein **pflegerisches Grundwissen** vermittelt werden, welches die Einräumung von einzelnen Befugnissen rechtfertigt, die derzeit nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz den Angehörigen der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe vorbehalten sind. Darüber hinaus bedarf es einer Änderung des Ärztegesetzes 1998, um eine rechtliche Grundlage dafür zu schaffen, dass Ärzte die **unterstützende Mitwirkung bei der Verabreichung von Arzneimitteln** an Fach-Sozialbetreuer/innen, Diplom-Sozialbetreuer/innen der Ausbildungsrichtung Behindertenbegleitung sowie Heimhelfer/innen, die das Ausbildungsmodul „Unterstützung bei der Basisversorgung" absolviert haben, delegieren können.

2. Ausbildung gemäß Artikel 3 Abs. 3

Die für das Modul relevanten Ausbildungsinhalte wurden dem Curriculum für Pflegehilfe entnommen und unterscheiden sich bezüglich der Anzahl der Unterrichtseinheiten nur in dem Fach Medikamentenlehre, das im Gegensatz zur Pflegehilfeausbildung nur 20 statt 30 Stunden umfasst. Begründet wird dies mit der Tatsache, dass für die angeführten Berufsgruppen nur eine unterstützende Mitwirkung bei der oralen Verabreichung von Arzneimitteln vorgesehen ist und **keine** Durchführung von Insulininjektionen.

Stand September 2003

Die **Ausbildung** umfasst insgesamt **100 Unterrichtseinheiten (UE) Theorie**, die sich wie folgt zusammensetzen :

Sich pflegen 20 UE

- Körperpflege
- Unterstützung bei der Körperpflege
- Haarwäsche und –pflege
- Zahnpflege
- Pediküre und Maniküre
- Beobachtung der Haut
- Pflegeutensilien und Hilfsmittel

Essen und Trinken 15 UE

- Beobachtung – Ernährungszustand
- Beobachtung – Verdauungsstörungen
- Beobachtung – Schluckstörungen
- Unterstützung bei der Nahrungsaufnahme
- Flüssigkeitsbilanz
- Verabreichung von Arzneimitteln

Ausscheiden 20 UE

- Bedeutung
- Beobachtung der Urinausscheidung
- Beobachtung der Stuhlausscheidung
- Obstipation
- Erbrechen
- Anwendung von Inkontinenzhilfsmitteln

Sich kleiden 5 UE

- Umgang mit der Kleidung
- Hilfestellung bei der Auswahl der Kleidung
- Hilfsmittel zum Ankleiden
- Methoden und Techniken zum An- und Auskleiden

Sich bewegen 20 UE

- Bedeutung der Bewegung
- Beobachtung – Körperhaltung etc.
- Risikofaktoren
- Prophylaxen – Dekubitus, Thrombose, Kontraktur
- Unterstützung bei der Bewegung

Stand September 2003

Medikamentenlehre 20 UE

- Inhalte konform mit der Pflegehilfeausbildung exklusive der Insulininjektionen

Das **Praktikum** umfasst 40 Stunden und muss in einer Behindertenbetreuungseinrichtung oder einem Pflegeheim unter Anleitung und Aufsicht einer diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegeperson absolviert werden.

3. Unterstützende Tätigkeiten bei der Basisversorgung nach Artikel 7

Die Absolvierung des Ausbildungsmoduls „Unterstützung bei der Basisversorgung" berechtigt zur Ausübung nachstehender Tätigkeiten :

1. Begleitung, Unterstützung bei der Körperpflege bzw. Durchführung bei Bedarf
2. Hilfestellungen bei der Nahrungs- und Flüssigkeitsaufnahme
3. Unterstützung und Förderung der Bewegungsfähigkeit
4. Lagerung und vorbeugende Maßnahmen gegen Schädigung durch Lagerung und Haltung
5. Unterstützung im Zusammenhang mit Ausscheidungen (u.a. Wechsel von Schutzhosen)
6. Unterstützung beim An- und Auskleiden
7. Unterstützung bei der oralen Verabreichung von Arzneimitteln

91/ME XXII. GP - Entwurf (gescanntes Original)

www.parlament.gv.at

Stand September 2003

Ausbildungsschema der Sozial-Betreuungs-Berufe

D i p l o m - S o z i a l b e t r e u e r / i n + 600 UE, + 600 h Praxis

Altenarbeit | Familienarbeit | Behindertenarbeit | Behindertenbegleitung

F a c h - S o z i a l b e t r e u e r / i n 1.200 UE, 1.200 h Praxis

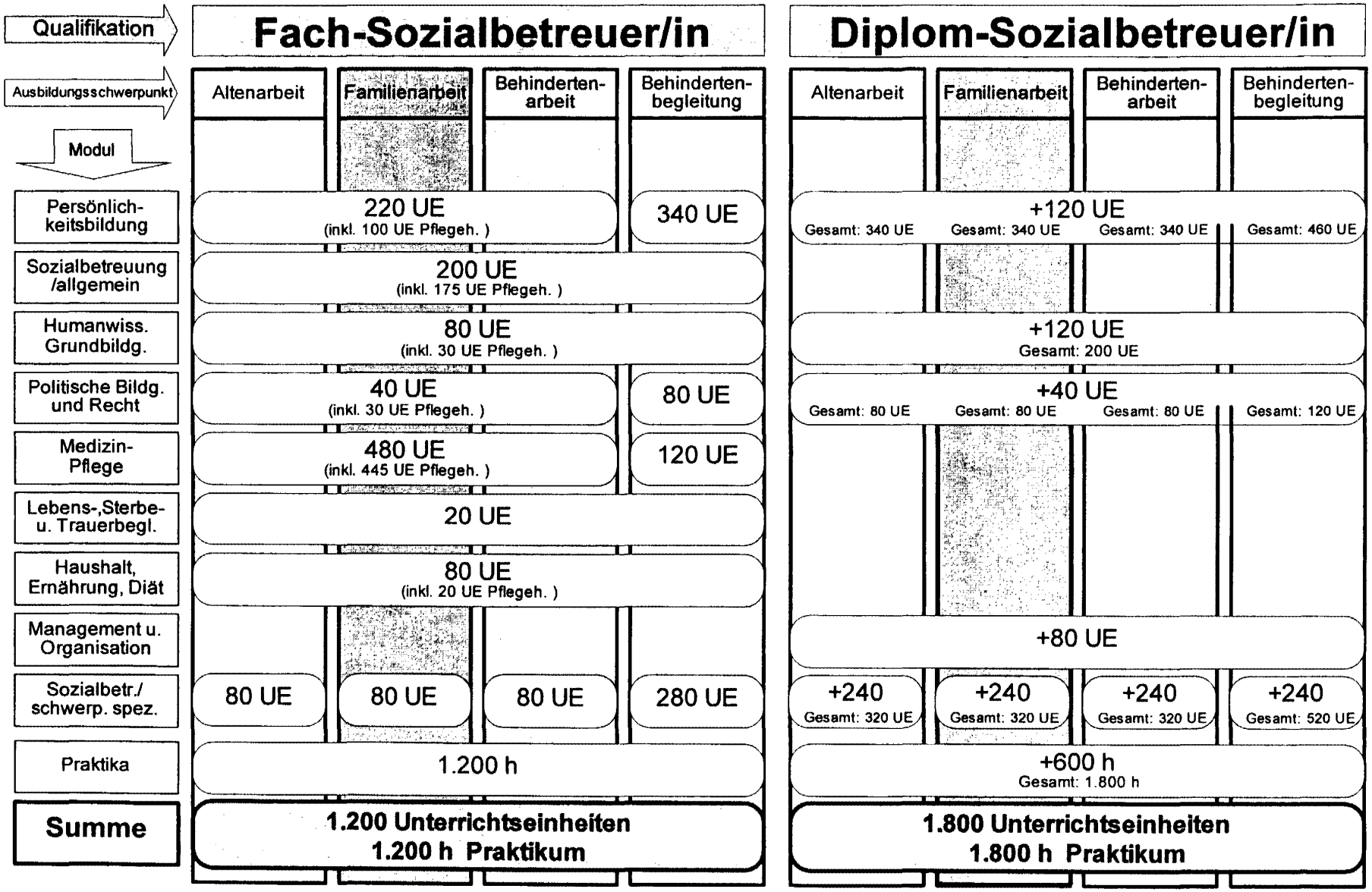
m i t P f l e g e h i l f e - A b s c h l u s s

Altenarbeit | (Familienarbeit - kein Abschluss auf Fachniveau) | Behindertenarbeit | mit "Unterstützung bei der Basisversorgung" | Behindertenbegleitung

H e i m h e l f e r / i n 200 UE, 200 h Praxis mit „Unterstützung bei der Basisversorgung“

Ausbildungs-Schema der Sozialbetreuungsberufe

Stand September 2003



www.parlament.gv.at

91/ME XXII. GP - Entwurf (gescanntes Original)